

Das Europäische BürgerInnen Forum

Tätigkeitsbericht 2007/2008



EUROPÄISCHES
BÜRGERINNEN
EUROPEAN
CIVIC
CIVIQUE
EUROPEEN
FORUM

Herausgeber: Europäisches BürgerInnenforum, St. Johans-Vorstadt 13, Postfach, CH-4004 Basel
Druck: Ropress, CH-8048 Zürich

Fotos:

A. Glyadyelov (S. 24), Lisa Bolyos (S. 4, 5, 8), Website www.das-schwarze-schaf.ch (S. 20),
Dernières Nouvelles d'Alsace, Matthieu Hoffstetter (S.16), EBF Fotoarchiv (S. 1, 13, 15, 26, 28)

Titelfoto: ImmigrantInnen demonstrieren für ihre Rechte in Andalusien, EBF Fotoarchiv

Spenden an:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum, Basel, Postscheck-Konto 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto. 1084194,
BIC: GENODEF1MAL, IBAN DE69 1506 1698 0001 0841 94

Österreich: EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, BLZ 39130, Konto Nr. 8.055.451,
BIC: VSGKAT2K130 ,IBAN: AT94 39130 00008 0554 51

Niederlande: girorekening 7829141 t.a.v. Europees Burgerforum

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt.

Das Europäische BürgerInnen Forum

Zielsetzungen

Das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) ist ein solidarisches internationales Netzwerk. Mit direkten Interventionen betroffener Bürgerinnen und Bürger vor Ort zeigen wir dort soziale Missstände auf, wo andere wegschauen. Durch die Förderung von Selbstorganisation und die Vernetzung emanzipatorischer Initiativen hoffen wir, der Utopie einer gerechten Welt einen kleinen Schritt näher zu kommen.

Solidarität bedeutet, sowohl da zu sein, wenn es brennt, als auch Aufbauarbeit. Das Europäische BürgerInnen Forum will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken durch:

- Delegationen internationaler BeobachterInnen an politische und soziale Brennpunkte. Kontaktaufnahme mit den direkt Betroffenen
- Verteidigung rechtloser ImmigrantInnen und Förderung ihrer Selbstorganisation. Aufbau von Anlauf- und Beratungsstellen, Ausbildung, juristische und soziale Unterstützung
- Förderung einer sozial nachhaltigen Landwirtschaft, welche die rücksichtslose Ausbeutung von Umwelt und Mensch gleichermaßen ablehnt
- Internationale Partnerschaften zwischen sozialen Initiativen, Schaffung von Solidaritätsnetzwerken



- Interkulturelle Aktivitäten, die zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und damit zur Vermeidung von Konflikten beitragen

Zu all diesen Zielsetzungen sind in diesem Jahresbericht 2007/2008 praktische Beispiele zu finden, die wir in den beiden Berichtsjahren realisiert haben.

Geschichte und neue Herausforderungen

Das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) entstand in der Euphorie des 1989er-Umbruchs in Osteuropa und wurde kurz nach dem Fall der Berliner Mauer gegründet. Die Initiative ging von Menschen in Ost- und Westeuropa aus, die sich grossteils schon seit Jahren kannten und in Gruppierungen und Organisationen wie dem CEDRI

(Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und GastarbeiterInnen), in der Bewegung Freier Radios oder der Europäischen Kooperative Longo maí aktiv waren.

Das EBF wollte die Öffnung Osteuropas nicht Wirtschaftsinteressen, grossen internationalen Institutionen und Regierungen überlassen und setzte sich als Hauptziel, direkte Kontakte zwischen den Menschen aus Ost und West herzustellen: Viele Freundschaften und gemeinsame Projekte sind daraus entstanden.

Inzwischen stehen wir vor neuen Herausforderungen: direkte Wege der Solidarität mit denjenigen zu suchen und zu gehen, die von der jetzigen weltweiten Krise in den verschiedenen Ländern auf der untersten Stufe der sozialen Leiter betroffen sind.

Europäisches BürgerInnen Forum
Basel, im April 2009

Migration und Landwirtschaft

Zusammenarbeit mit der andalusischen LandarbeiterInnengewerkschaft SOC

Politischer Kontext

Seit den rassistischen Ausschreitungen gegen marokkanische Landarbeiter in der Stadt El Ejido in der Provinz Almería im Jahr 2000, leistete das EBF Informationsarbeit, welche eine Realität ans Tageslicht brachte, die bis dahin in der Öffentlichkeit praktisch unbekannt war. Mittlerweile ist die Ausbeutung von MigrantInnen in der Intensivlandwirtschaft, wie beim Gemüseanbau unter Plastik in Almería (Andalusien), Gegenstand verschiedenster Studien geworden. Zahlreiche JournalistInnen aus ganz Europa haben die Region besucht und Reportagen über die katastrophalen Zustände im Plastikmeer geschrieben. So sind die Tomaten aus El Ejido und die Erdbeeren aus Huelva zum Inbegriff des Grauens dieser Art von Landwirtschaft geworden, die durch den übermäßigen Gebrauch giftiger Chemikalien Boden und Grundwasser verseucht und noch dazu Zehntausende von ImmigrantInnen in eine moderne Sklaverei zwingt.

Leider können bis heute keinerlei Verbesserungen der Lebensbedingungen für die LandarbeiterInnen in El Ejido und in Huelva festgestellt werden – im Gegenteil, die Verhältnisse haben sich noch verschlechtert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich im Herbst 2008 in ganz Europa

manifestierte, hat Spanien besonders stark getroffen. Das Platzen der Spekulationsblase im Bausektor hat dazu geführt, dass die meisten Baustellen eingestellt wurden. Dadurch mussten sich die einheimischen und die eingewanderten Bauarbeiter nach einer anderen Beschäftigung umsehen. Viele von ihnen wandten sich wieder der Landwirtschaft zu – einem Bereich, den sie vorher wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und zu geringen Löhnen verlassen hatten.

Die Konsequenz ist ein grösserer Druck auf dem Arbeitsmarkt, den die Unternehmen entsprechend ausnützen. Dadurch verstärken sich die Spannungen unter den verschiedenen Gruppen von MigrantInnen einerseits und mit den spanischen ArbeiterInnen andererseits. Alle stecken in derselben tiefen Ungewissheit darüber, ob sie in nächster Zeit überhaupt noch ihre Familie ernähren und ihre Miete bezahlen können. Das Risiko, dass es zu neuerlichen rassistischen Gewaltausbrüchen kommt, ist gewachsen. Zudem haben die ImmigrantInnen Angst vor den Auswirkungen der immer restriktiveren Migrationspolitik.

Diese Situation macht die gewerkschaftliche Organisation noch schwieriger, als sie es bisher schon war, vor

allem für die Schwächsten, das heisst für die TagelöhnerInnen ohne legalen Status, die *Sin Papeles*, welche der Ausbeutung besonders schutzlos ausgeliefert sind. Die Priorität des EBF bleibt deshalb die Unterstützung der andalusischen LandarbeiterInnen-gewerkschaft SOC (Sindicato de Obrer@s del Campo) in der Provinz von Almería. Das SOC setzt sich für die Selbstorganisation der MigrantInnen ein.

Soziale Zentren

Nach der ersten Phase der Untersuchung und der Denunziation der unhaltbaren Zustände in der Provinz Almería, ging das EBF dazu über, den Aufbau einer langfristigen Permanenz des SOC in den Gewächshausgebiete-

ten zu unterstützen. So entstanden, nach der ersten Anlaufstelle in der Provinzhauptstadt Almería, zwei neue soziale Zentren der Gewerkschaft für die LandarbeiterInnen: Das erste in El Ejido im Jahr 2005 und das zweite in San Isidro im Gebiet von Níjar. Das Lokal in San Isidro wurde im Mai des Berichtsjahres 2007 mit internationaler Präsenz eröffnet.

Nach dem Kauf der Lokale, erwies es sich ab Sommer 2007 als dringlich, das SOC weiterhin finanziell zu unterstützen, um eine ausreichend grosse Equipe auf die Beine stellen zu können – mit dem Ziel, die Gewerkschaftsaktivitäten an allen drei Orten zu gewährleisten. Das SOC ist nicht nur in der Provinz von Almería präsent, sondern auch in Jaen, Cadiz und Huelva. Der



Das Plastikmeer von Almería: Plastiktunnels für Tomaten, Paprika etc., die im Winter in den Supermärkten des Nordens landen.



Marokkanische Landarbeiter beim Aufbau eines Plastiktunnels. Man braucht sie für die Arbeit, will ihnen aber keine Rechte zugestehen.

Hauptsitz der Gewerkschaft befindet sich in Sevilla. Das SOC hat grosse finanzielle Schwierigkeiten und war deshalb öfters nicht in der Lage, den KollegInnen in Almería die Löhne auszubezahlen. Das EBF übernahm für die Berichtsjahre 2007 und 2008, die Lohnzahlungen von zwei Gewerkschaftern sowie den Grosseil der Investitionskosten der Lokale. Wegen der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Provinz Almería wandern die MigrantInnen, sobald sie können, in andere Regionen weiter. Deshalb wechseln in der Provinz ständig die Arbeitskräfte, was die gewerkschaftliche Arbeit zusätzlich erschwert. Ausserdem liegen die rudimentären Unterkünfte der LandarbeiterInnen meist weit zerstreut im Plastikmeer.

Ausbildung und Koordination

In einer solchen Situation ist es besonders schwierig, eine solide und stabile Gruppe von GewerkschafterInnen aufzubauen. Deshalb ist die Idee einer umfassenden Ausbildung von neuen GewerkschafterInnen in den Vordergrund gerückt. Ein Appell des EBF-Schweiz im Herbst 2008 eröffnete die Spendensammlung für die Finanzierung des Ausbildungsprogramms. Inzwischen ist ein sechsmonatiges Programm mit einem Dutzend interessierter Personen im Gange. Diese werden in der Praxis mit der Realität der LandarbeiterInnen vertraut gemacht. Zusätzlich erwerben sie theoretisches Wissen über Arbeits- und Fremdenrecht. Die Auszu-

bildenden bekommen eine kleine Entschädigung, um den Rücken für die Ausbildung freizuhaben. Ziel ist es, die Arbeit des SOC längerfristig auf mehr Schultern zu verteilen und somit effizienter zu gestalten – eine grosse Herausforderung für die nächste Zeit.

Es ist fast unmöglich, in einer sich ständig verändernden Lage immer die beste Vorgehensweise zu finden – vor allem, weil sich die Situation stark von derjenigen anderer Gewerkschaften in Europa unterscheidet. Oft ist es auf Distanz auch schwierig, die Lage richtig einzuschätzen, und es kann gefährlich sein, aus der Ferne Entscheidungen zu treffen. Deshalb beschloss das EBF, einen seiner Schweizer Vertreter für längere Perioden vor Ort zu entsenden. Der Delegierte des EBF teilte das tägliche Leben der GewerkschafterInnen des SOC in den beiden Berichtsjahren während insgesamt fünf Monaten.

Eine weitere wichtige Etappe für die Koordination und die Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens war eine Zusammenkunft im November 2008: Sechs VertreterInnen des EBF aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz trafen sich mit vier RepräsentantInnen des SOC Almería und mit fünf SOC-Delegierten aus Sevilla. Das Treffen fand auf der SOC-Kooperative *Tierra y Libertad* in der Sierra de Cadiz statt. Während drei Tagen wurde über die gemeinsame Arbeit der letzten Jahre Bilanz gezogen, die politische und wirtschaftliche Situation diskutiert und einige Schwerpunkte für die kommende Zeit festgelegt.

Chronologie der Aktivitäten 2007 / 2008

27. und 28. April 2007: Eröffnung des sozialen Zentrums „Ascen Uriarte“ in San Isidro de Níjar in Anwesenheit von VertreterInnen des EBF, der Confédération Paysanne und des CODETRAS aus Frankreich, verschiedener Gewerkschaften aus der Schweiz (UNIA, SIT, l'Autre Syndicat), vom Schweizer Solifonds und der „Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft“ und von der Österreichischen BergbäuerInnenvereinigung – Via Campesina Austria.

Mai 2007 und 2008: Teilnahme des EBF am zweitägigen Sozial- und Umwelt-Forum Ostschweiz (SUFO) in St. Gallen mit einem Informations- und Produktstand, sowie mit der Leitung jeweils eines Workshops über „Migration und Landwirtschaft“.

Juni 2007: Auf Initiative des EBF wurde Spitou Mendy (SOC Almería) zu den Protesten gegen den Gipfel der G8-Staaten nach Rostock eingeladen. Gemeinsam mit einem Aktivisten der Lidl-Kampagne der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fand vor einem Lidl-Supermarkt eine symbolische Blockade-Aktion statt, bei der gegen die Ausbeutung von LandarbeiterInnen und Supermarktangestellten sowie gegen Umweltzerstörung und ungesunde Lebensmittel protestiert wurde. Ca. 250 Personen nahmen daran teil.

September 2007: Das EBF organisierte internationale Proteste gegen

eine Welle rassistischer Übergriffe der Polizei gegen ImmigrantInnen in der Region von Nijar.

Dezember 2007: Koordinationstreffen zwischen dem EBF und dem SOC Almería. Einladung auf Initiative des EBF von Spitou Mendy zur Konferenz „*Land of human rights*“ in Graz (Österreich) als Referent über den Kampf des SOC in Almería.

März 2008: Informationstournee mit Spitou Mendy durch die Schweiz.

August 2008: Symbolisches Blockade-Happening unter dem Titel „*Reclaim your market*“ im Rahmen des Klima- und Antirassismus-Camps in Hamburg. Vor einem Discounter in der Hamburger Innenstadt protestierten 300 Menschen gegen die zerstörerische Politik der Supermarktketten und gegen das fortschreitende Preisdumping im Lebensmittel-Einzelhandel.

Oktober 2008: Informationstournee mit Spitou Mendy durch Frankreich, Teilnahme bei Treffen und Veranstaltungen u.a. der CIMADE in Sète, des CODETRAS in Marseille, verschiedener Organisationen in Grenoble und beim *Sommet Citoyen sur les Migrations* (BürgerInnen-Gipfeltreffen über Migrationen) unter dem Titel „*Des ponts, pas des murs*“ (Brücken statt Mauern) in Montreuil.

November 2008: Dreitägiges Koordinationstreffen zwischen dem EBF und dem SOC (Almería und Sevilla) in der SOC-Kooperative *Tierra y Libertad* in Andalusien.

2007–2008: Beteiligung des EBF an der Lancierung eines gemeinsamen gewerkschaftlichen Ausbildungsprogramms der Confédération Paysanne und des SOC. Arbeitstreffen zu diesem Projekt fanden in Huelva, Montreuil und im Europäischen Parlament in Brüssel statt.

Publikationen / Fotos

Anatomie eines Pogroms – z.B. El Ejido, 138 Seiten, Verlag Europäisches Bürgerforum /C.E.D.R.I., Basel 2000, 12,- sFr / 8,- € (+ Versandkosten)

Bittere Ernte – Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas, 128 Seiten, Verlag Europäisches Bürgerforum /C.E.D.R.I., Basel 2004, 15,- sFr / 10,- € (+ Versandkosten)

Widerstand ist fruchtbar – Reader des Aktionsbündnisses globale Landwirtschaft zum G8-Gipfel in Heiligendamm 2007

Das „Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft“ setzt sich aus AktivistInnen verschiedener Zusammenhänge und Netzwerke aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden zusammen, darunter AktivistInnen der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, dem Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik und dem attac-AgrarNetz. Auch Mitglieder des EBF sind in dem Bündnis vertreten. Das Netzwerk wurde 2006 anlässlich der Vorbereitungen zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm gegründet. Es setzt sich zum Ziel, die Themen Ernährung und Lebensmittelproduktion

auf die linke bewegungspolitische Tagesordnung zu setzen und auf die verheerenden Folgen der industriellen Landwirtschaft aufmerksam zu machen. Im Rahmen der Mobilisierungen zu den G8-Protesten entstand der Reader „*Widerstand ist fruchtbar*“, in dem auf den Kampf um Land genauso eingegangen wurde, wie auf die Themen Gentechnik, Biopiraterie und Feldbefreiungen oder die Lebens- und Arbeitsbedingungen migrantischer ErntehelferInnen. Im Besonderen wurde der Zusammenhang zwischen diesen strukturellen Missständen und der Politik der G8 beleuchtet.

Bestelladresse: www.shop.attac.de
(2,50 € + Versandkosten).

Peripherie & Plastikmeer – globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“

Seit dem Jahr 2007 hat sich eine rege Zusammenarbeit zwischen AktivistInnen des EBF und der Gruppe NoLager Bremen entwickelt. NoLager Bremen ist in der Antirassismus-Arbeit aktiv und unterstützt seit Jahren Kämpfe von MigrantInnen, vor allem derjenigen, die in Flüchtlingslagern leben. Gemeinsam entstand im Mai 2007 die Broschüre „*Peripherie & Plastikmeer*“. In diesem Sammelband werden die Themen bäuerliche Landwirtschaft, Migration und Ausbeutung von ArbeitsmigrantInnen im industriellen Obst- und Gemüsebau behandelt.



Ein Fahrrad ist schon ein Luxus für die LandarbeiterInnen in Almería. Viele sind nach der Arbeit oder der Arbeitssuche zu ihren improvisierten Hütten, ausserhalb der Städte, zu Fuss unterwegs.

Im Besonderen geht es um die Rolle der Supermarktketten, die nicht unwesentlich zu ökologischer Zerstörung und Ausbeutung beitragen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Darstellung von Widerstandsformen von migrantischen LandarbeiterInnen sowie von Bauern und Bäuerinnen in den sogenannten Herkunftsländern (wie z.B. Rumänien oder Kongo). Ausserdem werden Strategien des Widerstands gegen die Politik der Supermarktketten in den Verbraucherländern erörtert. Die Broschüre, herausgegeben vom EBF und NoLager Bremen (112 Seiten, 5,- € + Versandkosten) kann bei folgender Adresse bestellt werden: plastik.meer@reflex.at

Plastik/Meer. Fotoausstellung

Die Foto- und Textausstellung „Plastik/Meer“, die bei mehreren Delegationsreisen nach Andalusien von Lisa Bolyos und Dieter Behr erarbeitet wurde, ist seit 2006 auf Tournee in Europa. Sie wurde und wird in Universitäten, Kaffeehäusern, Bildungstätten, Schulen, bei Festivals und auf Konferenzen gezeigt. 2007 wurde eine wetterfeste Version erstellt, die im Zuge der G8-Protestvorbereitungen in Heiligendamm auf einer Strassentheater-Tour in mehreren Städten Österreichs und Deutschlands gezeigt wurde. Anfang 2008 reisten die Bilder in die Schweiz, wo sie zu diversen Diskussionsveranstaltungen und Protestkundgebungen ausgestellt wurden. Die erste Bildserie ist nach wie vor auch online unter www.umbruchbildarchiv.de abrufbar, die Bilder werden außerdem von der entwicklungs-politischen Bildagentur südbild.at vertrieben.

Erfolge für LandarbeiterInnen in Südfrankreich

Der Kampf für die Verbesserung der Arbeits-, Unterkunfts- und Lebensbedingungen von Hunderttausenden ausländischer Saisonniers, die in der intensiven Obst- und Gemüseproduktion in Europa arbeiten, ist hart; Fortschritte sind selten. Daher ist das EBF besonders erfreut über die Erfolge des „Kollektivs zur Verteidigung Ausländischer ArbeiterInnen in der Landwirtschaft im Département Bouches-du-Rhone“ (CODETRAS)¹ in Frankreich.

Das französische Saisonnierstatut OMI, verleiht den ArbeiterInnen nur Rechte, solange sie in Frankreich sind. Sie zahlen Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, doch sobald ihre Arbeit beendet ist, werden diese Leistungen wieder aufgehoben – das ist Diskriminierung. Ausserdem werden ihnen die Dienstjahre nicht angerechnet und sie haben keinen Anspruch auf Familiennachzug. Die LandarbeiterInnen befinden sich in totaler Abhängigkeit von ihrem *Patron*, weil er es ist, der jedes Jahr entscheidet, ob der Vertrag mit „seinem“ Arbeiter oder „seiner“ Arbeiterin für das kommende Jahr erneuert wird oder nicht.

Seit dem Frühjahr 2007 hat das Kollektiv mit Hilfe von 10 Anwälten etwa 150 Saisonniers dabei unterstützt,

¹ CODETRAS: *Collectif de défense des travailleurs étrangers dans l'agriculture des Bouches-du-Rhone*

Klage beim Verwaltungsgericht von Marseille zu erheben, wobei sie ihren Status als Saisonniers anfochten und Aufenthaltsgenehmigungen und unbefristete Arbeitsverträge forderten. Das Gericht gab ihnen Recht, doch die Präfektur hat immer wieder Berufung eingelegt.

Im Dezember 2008 veröffentlichte nun die staatliche „Hohe Behörde für den Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichheit“ (HALDE)¹ einen sehr kritischen Bericht über die Methoden der Präfektur des Départements Bouches du Rhône. Die HALDE war vom CODETRAS, von 150 Saisonniers und vom Verwaltungsgericht eingeschaltet worden. Der HALDE zufolge hat die Diskriminierung «unter Beteiligung der Behörden» andauert. Sie forderte von der Regierung, die so genannten Saisonverträge innerhalb von drei Monaten in unbefristete Arbeitsverträge umzuwandeln, allen diskriminierten ArbeiterInnen eine Aufenthaltsgenehmigung zu gewähren, sie für die Lohninbussen der letzten Jahre zu entschädigen und schliesslich in Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftsunternehmen und dem CODETRAS neue Vorschläge für die Anstellung von AusländerInnen im landwirtschaftlichen Bereich auszuarbeiten. Das Kollektiv schätzt, dass 300 bis 400 Saisonniers eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen werden. Es handelt sich um ArbeiterInnen, deren Verträge missbräuchlich und systema-

tisch auf acht Monate pro Jahr verlängert wurden, wobei, ausser in Sonderfällen, sechs Monate das zugelassene Maximum sind. Das CODETRAS will sich nicht damit zufrieden geben und wird seine Kampagne ausweiten, um die Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen zu erhöhen.

Das EBF hat sich seit Beginn an allen Aktivitäten und Überlegungen des CODETRAS beteiligt. Von besonderer Bedeutung war im Berichtsjahr 2007, dass das EBF den Bauernhof Mas de Granier in der Crau-Ebene – gleichzeitig Sitz des EBF im Département – während zwei Monaten, mehrmals pro Woche, als Anlaufstelle für Rat suchende OMI-ArbeiterInnen aus der Gegend zur Verfügung stellte. Ungefähr 250 MarokkanerInnen und TunesierInnen nutzten die Gelegenheit und beschafften alle nötigen Dokumente, um Dossiers für die Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen und unbefristeten Arbeitsverträgen einreichen zu können. Neben den CODETRAS - Mitgliedern beteiligten sich mehrere EBF-MitarbeiterInnen ehrenamtlich an der Beratung und an der Erstellung der Dossiers.

Trotz erster Erfolge gegen die Diskriminierung, bleibt die Situation der LandarbeiterInnen prekär. Das zuständige Ministerium und der Unternehmerverband der Landwirte suchen schon nach neuen Methoden, um die prekäre und rechtlose Situation der Saisonniers aufrecht erhalten zu können. Es gilt daher, wachsam zu bleiben.

¹ HALDE: Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité

Ernährung und Autonomie

Internationale Vernetzung von Saatgut - Initiativen

Die heutigen industriellen Agrarsysteme sind auf das Extremste vereinfacht. Die Monokulturen führen zu einer unumkehrbaren genetischen Erosion und schaffen die Grundlage für zukünftige Hungersnöte. Die Nahrungsmittelversorgung auf der ganzen Welt hängt von etwa 20 Pflanzenarten ab, die 95 Prozent der pflanzlichen Nahrungsmittelkalorien liefern. Im Laufe des 20. Jahrhunderts sind laut Welternährungsorganisation FAO, 75% der Artenvielfalt von Nutzpflanzen verloren gegangen.

Mehrere Mitglieder des EBF nahmen in den Berichtsjahren an Reisen¹ nach Italien, Spanien, Portugal, Bulgarien, Rumänien und Ungarn teil, die zum Ziel hatten, Kontakte zwischen Bauern/-bäuerinnen und unterschiedlichen Initiativen zu knüpfen, die sich für die Erhaltung der pflanzlichen Vielfalt und gegen die Verbreitung von gentechnisch veränderten Pflanzen einsetzen. Eine weitere Zielsetzung war die Schaffung eines Netzwerkes, das sich gegenseitig im lokalen Widerstand unterstützt und das entschlossen ist, Druck auf die nationalen, europäischen und internationalen Institutionen auszuüben, damit sich die Gesetzeslage im Sinne einer grös-

seren Freiheit bei der Anwendung und Verbreitung von bäuerlichem Saatgut entwickelt. In all diesen Ländern kam es zu interessanten Begegnungen mit Zusammenschlüssen von Bauern und Bäuerinnen, die versuchen, ihre lokalen Sorten von Nutzpflanzen und Obstbäumen auch weiterhin anzubauen und die davon erzeugten Lebensmittel einem breiten Publikum bekannt zu machen. Leider mussten wir in allen Ländern feststellen, dass die europäischen Richtlinien und staatlichen Reglementierungen diese Initiativen beträchtlich in ihrer Arbeit behindern oder diese gänzlich verbieten. Italien stellt in dieser Hinsicht eine positive Ausnahme dar. Dort werden solche Initiativen von den lokalen Behörden unterstützt.

Erfahrungsaustausch mit Osteuropa

In Bulgarien, Rumänien und Ungarn wird die Pflanzenvielfalt in den kleinbäuerlichen Höfen und durch vereinzelte Initiativen erhalten. Das Interesse ist hier gross, Zusammenschlüsse von Kleinbauern/-bäuerinnen und Initiativen gegen die Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen in den westeuropäischen Ländern kennen zu lernen. Mit dem Eintritt in die EU und der Übertragung der EU-Richtlinien für Direktvermarktung und Verarbeitung von Produkten auf den Betrieben ist das Weiterbestehen der kleinbäu-

¹Die Organisatoren dieser Reisen waren zwei französische Vereine, BEDE (Bibliothèque d'Echange de Documentations et d'Expériences / Bibliothek für Dokumentations- und Erfahrungsaustausch) und RSP (Réseau Semence Paysanne / Netzwerk für bäuerliches Saatgut)

erlichen Strukturen in diesen Ländern gefährdet. Gerade der Kontakt zu Bauernzusammenschlüssen im Westen Europas, die sich erfolgreich gegen eine zu restriktive Auslegung der Richtlinien gewehrt haben, konnte mit diesen Reisen gefördert werden. So kam es zu gegenseitigen Besuchen von Delegationen aus Rumänien, Bulgarien und Frankreich.

„Illegales“ Saatgut in Frankreich

In Frankreich verfolgt das EBF seit einigen Jahren die Arbeit des Vereins Kokopelli, der sich für die Erhaltung zahlreicher vom Aussterben bedrohter Nutzpflanzen einsetzt. Im Januar 2008 wurde Kokopelli letztinstanzlich vom Kassationsgericht zu einer grossen Geldstrafe verurteilt. Der Verein wurde dafür verurteilt, dass er „illegale“ – weil nicht im französischen Pflanzenkatalog eingeschriebene – Pflanzensorten verbreitet (das heisst verkauft, verschenkt und eintauscht). Seit Jahren machte der Verein darauf aufmerksam, dass die Einschreibungskriterien in den französischen Katalog den Merkmalen der Landsorten nicht entsprechen und die Eintragungskosten den „Marktwert“ dieser Sorten bei weitem übersteigen.

Das EBF konnte eine Studienreise für VertreterInnen des Vereins Kokopelli zu Erhalterinitiativen in Deutschland, der Schweiz und Österreich organisieren. Während dieser Reise konnte auf die sehr repressive Situation in Frankreich aufmerksam gemacht werden. Gemeinsam entstanden Ideen, wie dieser Entwicklung, die auch in

den anderen europäischen Ländern absehbar ist, entgegengewirkt werden kann.

Mai 2007: Europäisches Saatgutseminar in Deutschland

Auf Vorschlag des EBF fand das Dritte Europäische Saatgutseminar in Halle (Sachsen-Anhalt) statt. Es wurde mit der Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit und der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie organisiert. 150 Bauern und Bäuerinnen, GärtnerInnen, ZüchterInnen und VertreterInnen von Genbanken aus 25 Ländern diskutierten während drei Tagen über die Gefährdung der pflanzlichen Vielfalt durch die Industrialisierung der Landwirtschaft. Zum ersten Mal waren Initiativen aus Osteuropa stark vertreten: Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Georgien und Russland.

Ganz in der Nähe von Halle liegt eine der grössten Pflanzensammlungen im „Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung IPK Gatersleben“. Zahlreiche Gentechnikfirmen haben sich in den letzten Jahren unmittelbar neben der Genbank angesiedelt. Eine öffentliche Kritik setzte erst ein, als die Genbank in den Jahren 2006 und 2007 gentechnisch veränderte Weizen- und Erbsensorten in der Nähe der Erhaltungsflächen ausgesät hatte. Auf dem Seminar wurde klar, dass diese Freisetzungen die Erhaltung der Pflanzenvielfalt gefährden; nicht nur in Gatersleben, sondern



Mobilisierung in Gatersleben im Mai 2007 gegen die Freisetzungsversuche mit Gentechnik veränderten Weizen und Erbsen. Vertreter von Saatgutinitiativen aus u.a. Chile, Mali, Ungarn und Frankreich, sowie EBF-Mitglieder aus Deutschland, Österreich und der Schweiz waren anwesend.

– durch den weltweiten Austausch von Saatgutproben unter Genbanken – weit darüber hinaus. Der Sprecher der russischen Genbank in St. Petersburg machte deutlich, dass in den meisten osteuropäischen Ländern die Erhaltung von Saatgut in den Genbanken heute in grosser Gefahr schwebt, weil die Regierungen sich von dieser Aufgabe zurückziehen und keine Gelder mehr zur Verfügung stellen. In St. Petersburg in der weltweit grössten Genbank fehlt sogar das Geld, um die Kühlzellen mit Strom zu versorgen. In Ungarn ist eine Bürgerinitiative entstanden, die bei der Schliessung ganzer Abteilungen der ungarischen Genbank, die Pflanzensammlungen für ihre Erhaltung unter Freiwilligen

verteilt hat. Die TeilnehmerInnen des Seminars beschlossen die Gründung eines „Internationalen Notkomitees für die Erhaltung der Weizenvielfalt ohne Gentechnik“, das zur Aufgabe hat, die durch die Gentechversuche bedrohten Weizensorten aus allen Kontinenten ausserhalb der Genbank und möglichst in ihren Herkunftsgebieten zu erhalten. Das Notkomitee rief Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Ländern Europas dazu auf, sich an der Erhaltung des Weizensaatguts von Gatersleben zu beteiligen, indem sie es selber aussäen.

Bei einer Protestdemonstration in Gatersleben wurden die Beschlüsse des Seminars dem Direktor der Gen-

bank übergeben. Ein Tagungsbericht über das Saatgutseminar wurde in Deutsch, Französisch und Englisch veröffentlicht.¹ Gleichzeitig hat das EBF eine Studie des Umweltinstitutes in München über die Genbank in Gatersleben auf Französisch und Englisch übersetzt.

Anfang Juni 2007 fand im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm eine Grossdemonstration zum „Biotechnikum“ in Gross Lüsewitz statt, wo sich eine Aussenstelle der Genbank befindet und zahlreiche Freilandversuche mit GVO-Pflanzen durchgeführt werden. Dazu aufgerufen hatte das „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“, an dessen Gründung das EBF beteiligt war.

Mai 2008: UNO-Konferenz über die Konvention für biologische Vielfalt

Im Rahmen eines Vielfalt-Marktes stellte das Internationale Notkomitee seine Arbeit und seine Forderung an die Vertragstaatenkonferenz in Bonn vor. Es war die Gelegenheit, mit Bauerndelegationen der weltweiten Organisation „La Via Campesina“ in

¹ „Kulturpflanzen-Vielfalt für alle“, zu bestellen bei EBF Deutschland, Stubbendorf 68, D-17159 Dargun (2,- € + Versand)

Kontakt zu treten und die Rolle der Kleinbauern/-bäuerinnen für die Erhaltung der Pflanzenvielfalt zu diskutieren. Zusammen mit Via Campesina und der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie demonstrierte das EBF vor dem Sitz des Bundes der Deutschen Pflanzenzüchter, der die Interessen der Saatgutkonzerne Monsanto, Bayer und Syngenta vertritt.

Oktober 2008: Europäisches Saatguttreffen in Ascoli

In Ascoli (Italien) fand das Vierte Europäische Saatgutseminar statt. Während drei Tagen besprachen die Saatgutinitiativen vor allem die aktuellen Gesetzesentwürfe der EU. Sie betreffen sowohl eine Regelung für den Umgang mit nicht zugelassenen, regionalen Sorten, als auch die Neuregelung und die Vereinheitlichung der Saatgutverkehrsgesetze in Europa. Diese Regelungen betreffen besonders stark die neuen EU-Mitgliedsstaaten, die innerhalb kurzer Zeit in den europäischen Saatgutmarkt integriert werden sollen und dabei einen grossen Teil ihrer einheimischen Sorten verlieren werden, die nicht in den Listen der EU eingetragen sind. Für die Zeit bis zur Verabschiedung dieser neuen Gesetze im Jahr 2010 wurde eine breite Öffentlichkeitskampagne über die Bedeutung von Saatgut für die ländliche Entwicklung geplant. Das EBF wird sich daran beteiligen.

Syngenta gegen Landlose

Auf Einladung von EBF und Longo maï kamen Jonas Gomes de Queiroz von der brasilianischen Landlosenorganisation MST¹ sowie Gisele Cassano von der Rechtsberatungsvereinigung „Terra de Direitos“ zum Landlosentag, der jeweils am 17. April weltweit begangen wird, im Frühjahr 2008 in die Schweiz. Ziel dieser Einladung war es, durch diese zwei Augenzeu-gerberichte die Menschenrechtsverletzungen, die der schweizerische Agrarmulti Syngenta in Brasilien begeht, bekannt zu machen.

Am 21. Oktober 2007 hatte die vom Basler Grosskonzern angeheuerte

¹ MST: Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra

Miliz „NF Segurança“ eine vom MST durchgeführte symbolische Besetzung der Forschungsstation bei Santa Tereza do Oeste gewaltsam räumen lassen und dabei ein Blutbad angerichtet. Innerhalb weniger Stunden wurden 300 Schüsse abgegeben, zwei Menschen verloren dabei das Leben und fünf wurden verletzt. Die Besetzungsaktion der MST richtete sich gegen illegale Genversuche mit Mais und Soja auf dem Gelände, das unweit des weltbekannten Naturparks Iguazu liegt.

Die Vertreter von Syngenta weigerten sich jedoch, jegliche Verantwortung zu übernehmen, und schieben bis heute die Schuld auf die „NF Segurança“ .



Jonas Gomes de Queiroz vom MST und die Anwältin Gisele Cassano vor dem Hauptsitz von Syngenta in Basel: Nur sehr widerwillig hört Carsten Tilger, verantwortlich für Kommunikation bei Syngenta, die Forderungen der Delegation an.

Um gegen dieses verantwortungslose Vorgehen zu protestieren, fanden unter der Federführung von Via Campesina in Brasilien, Nordamerika und Europa monatelange Protestaktionen statt. So organisierten das EBF und Longo maí, zusammen mit zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen, im Frühling 2008, am weltweiten Landlosentag, einen Protestzug in Basel, um zwei brasilianischen VertreterInnen aus Paraná die Möglichkeit zu geben, ihre Forderungen direkt an die Hauptadresse, nämlich an den Hauptsitz von Syngenta, zu übergeben.

Vor der Haustür des Konzerns

Als Auftakt fand am 16. April im Gewerkschaftshaus in Basel ein Informa-

tionsabend statt, an dem 100 Personen teilnahmen. Die zwei brasilianischen Gäste berichteten über die Situation in Paraná, François Meienberg von der Erklärung von Bern (EvB) informierte über die schon jahrelang andauernde Kampagne seiner Organisation, um ein Verbot der Produktion des hochgiftigen Pestizids Paraquat zu erreichen. Schliesslich berichtete Joseph Finantz von der Confédération Paysanne aus dem benachbarten Elsass von den Auswirkungen der Agrochemie auf die europäische Landwirtschaft und vom Widerstand dagegen.

An die 200 Personen beteiligten sich an der Trauerprozession zum Hauptsitz von Syngenta. Ein Sarg mit dem Foto des ermordeten MST-Verantwortlichen Kenos wurde mitgeführt



Agrokonzerne töten die biologische Vielfalt und Menschen: Der Tod vor dem Hauptsitz von Syngenta in Basel, 17.4.2008

und vor dem Sitz des Multis abgestellt. Gisele Cassano hatte ein Dossier vorbereitet, das sie dem Kommunikationsverantwortlichen Carsten Tilger überreichte.

Das EBF organisierte nach dem 17. April 2008 für Jonas Gomes de Queiroz und Gisele Cassano eine Informationstournee durch die Schweiz. Die Delegation besuchte und informierte u.a. den Kabinettschef von Bundesrätin Calmy-Rey (schweizerische Außenministerin), neun Mitglieder des Basler Grossen Rates (Parlament des Kantons Basel-Stadt), den Solifonds, Medico International, Amnesty International, das CETIM in Genf, eine Mitarbeiterin Jean Zieglers, des Sonderberichterstatters zur Welternährung bei der UNO, E-Changer in Fribourg, den Co-Präsidenten der kritischen Aktionärsvereinigung „Actares“. Vier öffentliche Informationsveranstaltungen wurden organisiert und mehrere Gespräche mit JournalistInnen geführt.

Die neun Basler GrossrätInnen waren über die Informationen von Gisele und Jonas so schockiert, dass sie auf der Stelle einen Brief an die Konzernleitung schickten und sie anfragten, was diese zu tun gedenke, um die Opfer zu entschädigen und um in Zukunft solche Vorfälle zu verhindern. Es kam in der Folge zu einem Gespräch einer Dreierdelegation des Grossrates mit einer Vertretung der Konzernleitung und weiteren Briefwechseln, welche in der Chefetage für etliche Irritationen sorgten. Auch Amnesty International schlug in die gleiche Kerbe und führte

im selben Sinne Gespräche mit Syngenta in London.

Eine weitere Informationstournee des EBF führte den Vertreter des MST, Jonas Gomes de Queiroz, nach Frankreich, wo er u.a. Kooperativen von Longo maï und den Radiosender Zinzine besuchte und an einer öffentlichen Veranstaltung der Confédération Paysanne über die Landlosenbewegung und den Konflikt mit Syngenta berichtete.

Ein erster Erfolg

Die verschiedenen Proteste führten dazu, dass Syngenta am 14. Oktober 2008 in Curitiba die Übertragung der Besitztitel ihres Landstückes bei Santa Tereza do Oeste an den brasilianischen Bundesstaat Paraná unterschrieb. Der Gouverneur kündigte postwendend an, dass die alte Forderung der Landlosenbewegung MST nun in die Tat umgesetzt werden könne und eine Forschungsanstalt zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Betrieb genommen werden solle. Die Saatgutforschung und -produktion solle den lokalen Bauernfamilien zugute kommen, und sämtliche Gentech-Versuche sollten ab sofort unterlassen werden.

Der Rückzug von Syngenta aus Santa Tereza war ein wichtiger Etappensieg für die Betroffenen, aber von einer Wiedergutmachung kann noch keine Rede sein. Das EBF will sich weiterhin für die Entschädigung der Opfer einsetzen.

Brücken statt Mauern!

Unterstützung der Flüchtlinge und Sans-Papiers

Politischer Kontext in der Schweiz

Die Flüchtlinge und Sans-Papiers in der Schweiz litten im Jahr 2007 ganz besonders darunter, dass der Chef der rechtsnationalen SVP (Schweizerische Volkspartei) Christoph Blocher als Bundesrat dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vorgestanden hat. In dieser Funktion initiierte und koordinierte er die Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts, dem die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung im September 2006 zugestimmt hat und deckte fremdenfeindliche Praktiken in vielen Amtsstuben quer durchs Land.

Die in Europa einzigartige Verlängerung der maximalen Ausschaffungshaft auf zwei Jahre, sowie weitere Zwangsmassnahmen, traten am 1.1.2007 in Kraft. Die Ausdehnung der Sozialhilfeverweigerung, die zuerst an den NEE-Flüchtlingen (AsylbewerberInnen mit einem Nichteintretensentscheid) angewendet wurde, konnte mit dem neuen Asylgesetz ab dem 1.1.2008 für alle abgewiesenen AsylbewerberInnen angewendet werden. Damit steht diesen Menschen nur noch die vom Bundesgericht garantierte minimale Nothilfe von 21 Franken pro Tag zu.

Am 1. August 2007 lancierte die SVP die Unterschriftensammlung für ihre Volksinitiative „für die Ausschaffung

krimineller Ausländer“. Unter dem Slogan „Sicherheit schaffen“ waren vier Schafe abgebildet, die auf der Schweizer Flagge grasen. Drei weisse Schafe treten ein schwarzes Schaf von der Flagge hinunter und damit sinnbildlich aus dem Land hinaus. Das Plakat wurde in der Folge von der hessischen Sektion der Neonazipartei NPD und anderen rechtsextremen Parteien Europas übernommen.

Bei den Parlamentswahlen vom 21. Oktober 2007 trat die SVP als wählerstärkste Partei mit 29% der Stimmen als Siegerin hervor. Doch sollte die Siegesfreude nur von kurzer Dauer sein, denn am 12. Dezember 2007 wurde Christoph Blocher als Bundesrat nicht wiedergewählt. Stattdessen ist die vom moderateren SVP-Flügel stammende Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf zur neuen EJPD-Vorsteherin erkoren worden.

Bis heute hat sich die siegesgewohnte SVP-Führerschaft von dieser Niederlage nicht erholt. Ein Richtungsstreit entstand, der zu einer Abspaltung in Form der Bürgerlich Demokratischen Partei (BDP) führte. Entgegen den ersten Hoffnungen, dass unter der Leitung von Frau Widmer-Schlumpf eine Richtungsänderung eintreten würde, setzt sie die erbarmungslose Asylpolitik ihres Vorgängers fort.

Kundgebungen gegen die Fremdenfeindlichkeit

Das EBF beteiligte sich am Flüchtlingstag, dem 16. Juni 2007, zum dritten Mal hintereinander an der nationalen Kundgebung „Wir sind die Schweiz“. Sie war vom Bündnis „Ohne uns geht nichts“ organisiert worden und wollte, solange Christoph Blocher Bundesrat war, den Flüchtlingstag in eine Kundgebung mit klaren politischen Forderungen umwandeln. Das EBF hatte Kontakt zu Prof. Georg Kreis, dem Präsidenten der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, aufgenommen. Er und Graziella de Coulon von der Coordination Asile Vaud waren die HauptrednerInnen der Kundgebung, an der sich über 3'500 Menschen beteiligten.

Das EBF beteiligte sich an der Organisation der Kundgebung vom „Schwarzen Schaf“ am 6. Oktober 2007 in Bern. Mit einer Festveranstaltung auf dem Münsterplatz und einer Sitzblockade am Stadteingang wurde die Demonstration der SVP ins Stadtzentrum verhindert. Diese wollte, mit zahlreichen Skinheads unter ihnen, zwei Wochen vor den Parlamentswahlen der Hetzkampagne, die den Wahlen vorausgegangen war, noch eine Schlussprovokation aufsetzen.

Ein Mitglied des EBF und zugleich Schäfer von Longo mäi fand eine gute Antwort auf die Hetzkampagne der SVP gegen die schwarzen Schafe. Das Yin-Yang-Schaf-Logo wurde in zahlreichen Zeitungen abgebildet und mehrere Tausend Badges mit dem Emblem wurden verkauft und verteilt.



Das Bündnis verschiedener Organisationen „Ohne uns geht nichts“, das drei Jahre hintereinander die grosse nationale Demonstration gegen die Fremdenfeindlichkeit organisiert hatte, schlug zusammen mit Solidarité sans Frontières für das Jahr 2008 dezentralisierte Veranstaltungen in allen Regionen vor. Diese „Woche der MigrantInnen“ fand vom 8. bis 16. September 2008 in der ganzen Schweiz statt. Mit Kundgebungen, Festen, diversen kulturellen Veranstaltungen, Filmvorführungen, Konferenzen und Podiumsdiskussionen wurde auf die Situation der MigrantInnen aufmerksam gemacht.

Briefaktionen an den Bundesrat

Im Sommer 2007 hatte das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge die Schweiz dazu aufgefordert, im Rahmen eines Sonderprogramms der UNO für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus dem Irak, ein Kontingent von 500 besonders gefährdeten Frauen und Kindern aus dem Irak aufzunehmen. Unter dem Druck von Christoph Blocher weigerte sich der Gesamtbundesrat, daran teilzunehmen.

Zusammen mit dem CEDRI und dem Freundeskreis Cornelius Koch wandte sich das EBF mit einer Briefaktion an Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und bestärkte sie darin, sich weiterhin für eine Aufnahme dieser Kriegsflüchtlinge einzusetzen. Weit über 1'000 Menschen aller Landesteile beteiligten sich an dieser Aktion.

Im Dezember 2008 initiierte das EBF wiederum mit dem CEDRI und dem Freundeskreis Cornelius Koch eine Briefaktion an die neue Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Darin wurde die Politikerin aufgefordert, von der Asylgesetzverschärfung, die ihr Vorgänger eingeleitet hatte, abzusehen. Die Gesetzesverschärfung sieht u.a. vor, die Möglichkeit für Flüchtlinge in Schweizer Botschaften ihren Asylantrag stellen zu können, zu verhindern. Zudem soll erstmals der Flüchtlings-

begriff selbst eingeschränkt werden, indem explizit Desertion und Kriegsdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund anerkannt werden soll. Über 2'000 Menschen schrieben deshalb Frau Widmer-Schlumpf einen Brief, um sie zum Einlenken zu bewegen. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens wurde unter Federführung der „Demokratischen JuristInnen der Schweiz“ eine gemeinsame Stellungnahme gegen das geplante Gesetzesprojekt erarbeitet an der sich das CEDRI und das EBF beteiligten.

Anlaufstellen für Sans-Papiers

Jura

Im Oktober 2001 hat ein Mitglied des EBF im Schweizer Jura das Unterstützungskomitee für Sans-Papiers



Das wütende schwarze Schaf auf dem Bundesplatz in Bern, Oktober 2007

(MJSS)¹ mitbegründet und ist seither darin aktiv. Seit 2005 bestreitet das MJSS eine Beratungsstelle für Sans-Papiers und abgewiesene AsylbewerberInnen in den Büros der Caritas-Jura, die ihrerseits ihre Beratungsstelle für AsylbewerberInnen in demselben Jahr eingestellt hat. Die Permanenz der MJSS ist demnach die einzige Anlaufstelle, wo MigrantInnen kostenlos juristische und andere Hilfe erhalten können. Die Situation der Sans-Papiers und der abgewiesenen AsylbewerberInnen ist schwierig. So wird hier die „Nothilfe“ – ein Grundrecht, das vom Schweizer Verwaltungsgericht im März 2006 bekräftigt wurde – nur für 5 Tage gewährt und nicht erneuert, ausser wenn sich jemand für die Rückkehr in sein Land entscheidet. Das MJSS hat das Vorgehen der Kantonsbehörde als illegal angefochten. Auch im jurassischen Parlament wurde interveniert.

Seit seiner Gründung beteiligt sich das MJSS auch an den Aktivitäten der Welschschweizer Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht (ODEA). Diese hält die Öffentlichkeit über die Konsequenzen der sich ständig verschärfenden Gesetzgebung auf dem Laufenden. Im Rahmen der „Woche der MigrantInnen“ im September 2008 organisierte das MJSS mehrere Veranstaltungen in Delémont, u.a. die Vorführung des Dokumentarfilms „*La Forteresse*“ in Anwesenheit des Filmmachers Fernand Melgar.

¹ MJSS: *Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-Papiers*, www.sanspapiers-jura.ch

Basel und Zürich

Ein Mitglied des EBF war in den beiden Berichtsjahren weiterhin Vorstandsmitglied der Anlaufstelle für Sans Papiers in Basel und beriet als freier Mitarbeiter zeitweise die Anlaufstelle in Zürich. Weihnachten 2008 besetzte das neu gegründete Bündnis „Bleiberecht für alle“ die Predigerkirche in Zürich. Diese Aktion führte einer breiten Öffentlichkeit die ausweglose Situation der Sans Papiers vor Augen. Medien in der ganzen Schweiz berichteten darüber.

In den Berichtsjahren half das EBF immer wieder bei einzelnen Flüchtlings-Notfällen – auch finanziell.

Weitere Anlässe 2007 / 2008

Am 31. März 2007 stellte das EBF in Basel das Buch „Baustelle Festung Europa“ mit Texten von Nicholas Busch vor. Der Basler Nicholas Busch, geboren 1948 in New York, gestorben 2005 in Falun (Schweden) war über lange Jahre Koordinator der Experten-Plattform *Fortress Europe?* An dem Banquet Républicain, das zu diesem Anlass vom EBF veranstaltet wurde, setzten sich die TeilnehmerInnen mit den Themen Flüchtlingspolitik, Innere Sicherheit und Abbau demokratischer Grundrechte auseinander – unter dem Titel: „Wer schützt uns vor dem Sicherheitsstaat?“ An der Tagung nahmen u.a. teil: Thomas Busch, Leiter des Drava-Verlags, Klagenfurt; Marie-Claire Caloz-Tschopp, Prof. am *Institut d'études politiques et internationales* an der *Faculté des sciences sociales et politiques* (IEPI), Lausanne und Universität Genf; François Rigaux,

em. Prof. für internationales Recht, Universität Louvain (B); Nicolas Eyguesier, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Universität Paris/Sorbonne, Doktorand an der Universität Lausanne; Eberhard Schultz, Rechtsanwalt und Menschenrechtler, Bremen/Berlin.

Das jurassische Geschichtsmuseum und das EBF luden in Delémont im November 2008 zu einer Informationsveranstaltung über den Krieg in Georgien ein. Hauptreferent war der armenische Journalist von *Le Monde Diplomatique* Vicken Cheterian, ein langjähriger Bekannter des EBF. Er hat unzählige Male den gesamten Kaukasus bereist und darüber berichtet.

Sans-Papiers in Frankreich und Belgien

Das EBF setzte sich in den Berichtsjahren auch regelmässig mit der Situation der Sans-Papiers in Belgien und Frankreich auseinander. Zu diesem Zweck unternahmen EBF-Delegierte mehrere Reisen nach Paris und Brüssel, wo verschiedene Besetzungen durch Sans-Papiers stattfanden. Nachdem diese Menschen während Jahren in wirtschaftlichen Bereichen mit sehr harter, unsicherer und schlecht entlohnter Arbeit beschäftigt waren, hatten sie sich entschlossen, aus dem Schatten zu treten und ihre kollektive Regularisierung zu fordern.

Das EBF trat mit den BesetzerInnen der *Bourse de Travail* in Paris in Kontakt. Seit dem 2. Mai 2008 hielten 1'300 Sans-Papiers das Gebäude besetzt. Ein Vertreter des EBF realisierte mehrere Interviews und Radio-Sendungen mit den direkt Betroffenen für das nichtkommerzielle, Freie Radio Zinzine¹ in Südfrankreich. Mehrere Sendungen über die Herkunftsländer (Marokko, Tunesien, Senegal) der MigrantInnen wurden ebenfalls produziert.

Publikationen:

Nicholas Busch: Baustelle Festung Europa – Beobachtungen, Analysen, Reflexionen. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler, Drava Verlag 2006, Klagenfurt, 215 Seiten, ISBN-10: 3-85435-485-1; ISBN-13: 978-3-85435-485-7; (34,30 sFr / 19,50 € + Versandkosten)

Freundeskreis Cornelius Koch: Ein unbequemes Leben – Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan, 1940 – 2001. Auszüge aus der geplanten Biografie: Kindheits- und Jugenderinnerungen, die Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge 1973 – 74. Broschüre 64 Seiten, Herausgeber: Freundeskreis Cornelius Koch, 4, Chemin du Rail, 1283 La Plaine, 2007. (5,- sFr + Versandkosten)

¹ www.radiozinzine.org

Ukraine - Transkarpatien

An der östlichen Grenze zur Europäischen Union

Politischer Kontext

Die internationale Finanzkrise hat die Ukraine heftig erfasst. Im Oktober 2008 konnte die Zahlungsunfähigkeit des Landes nur durch einen eilig eingeholten Kredit des IWF abgewendet werden. Weitere Kredite der Weltbank, von Russland und Japan sollten den Staatshaushalt retten. Für 2009 wird nach unterschiedlichen Schätzungen mit einer Schrumpfung des BIP von über 8% gerechnet. Massenentlassungen in der Automobil- und Stahlindustrie sind angekündigt, Hunderttausende sind auf Kurzarbeit.

Nicht berücksichtigt in der Statistik sind die zahlreichen SaisonarbeiterrInnen, die im Ausland keine lohnende Beschäftigung mehr finden. Die Bevölkerung erinnert sich noch gut an die schwierigen 1990er Jahre und ist daher nicht ganz unvorbereitet. Die Jahre des darauf folgenden kurzatmigen, wirtschaftlichen Aufschwungs haben Spuren hinterlassen. Die zahlreichen, konkurrierenden Banken haben sehr leichtfertig Devisenkredite vergeben, die mit dem Verfall der ukrainischen Hryvna (minus 40%) kaum mehr abzuzahlen sind. Lebensmittel sind teuer und im Detailhandel macht sich bemerkbar, dass die Bevölkerung nun auch beim Essen spart.

Es lässt sich nicht absehen, wie tief die Ukraine noch in die Krise rutscht,

aber klar ist bereits jetzt, dass sie sich langfristigen Abhängigkeiten ausgeliefert hat und weiterhin eine Reserve billiger Arbeitskräfte für Russland und die EU darstellt.

Die Flüchtlingslager

Im Sommer 2007 fand in der Nähe von Uschgorod (Transkarpatien) das erste noborder-Camp¹ in einem postsowjetischen Land statt; ermöglicht wurde es durch die logistische Hilfe des EBF vor Ort.

Unabhängig von dieser Grossveranstaltung führt die ukrainische Partnerorganisation des EBF, das *Comité d'Aide Médicale Transcarpatie*, zusammen mit dem *Bayrischen Flüchtlingsrat* und *Pro Asyl* seit 2008 ein systematisches Monitoring der Lage der MigrantInnen an der Ostgrenze des Schengenraums durch. Tausende Menschen allen Alters und aus praktisch allen Kontinenten bleiben hier jährlich hängen. Auch nach Schließung des berüchtigten Durchgangslagers Pavshino ist die Menschenrechtssituation katastrophal.

¹ *noborder-Camp: informelles Grosstreffen vor allem junger Leute, welche die Lagerpolitik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen der EU radikal ablehnen*

Erfahrungsaustausch

Im Herbst 2008 nahm eine 16-köpfige Delegation aus Transkarpatien am jährlichen Païsalp'-Treffen in Forcalquier (Südfrankreich) teil, darunter Kleinbauern und -bäuerinnen, der Leiter einer Dorfkäserei, Lokalpolitiker und der Leiter der regionalen Landwirtschaftskammer. Bei diesem Anlass konnten sie viel über die Möglichkeit kleinräumiger, auf Qualität und Nachhaltigkeit setzende Landwirtschaft erfahren. Ihrerseits vermittelten sie

¹ Païsalp: südfranzösische Vereinigung von LandwirtInnen zur lokalen Direktvermarktung ihrer Produkte

den französischen TeilnehmerInnen ein umfassendes Bild von der – in erster Linie auf Selbstversorgung orientierten – dörflichen Landwirtschaft in den ukrainischen Karpaten, die im Widerspruch steht zur staatlichen, auf Agroindustrie ausgerichteten Landwirtschaftspolitik.

Weitere Prioritäten des EBF in der Ukraine waren die Beteiligung an zahlreichen Austausch- und Begegnungsprojekten in den Bereichen Kultur und Jugend und die massgebliche Beteiligung am Netzwerk Schweiz-Transkarpatien / Ukraine NeSTU.



Unter Bewachung: Flüchtlinge an der Ostgrenze der Festung Europa in der Ukraine

Kultur

Hudaki

Das sind Mischas Kapriolen, die kein Konservatorium unterrichten kann, und das sind Katias alte, traurige und spöttische Lieder, die zauberhafte Stimme der jungen Olga, das sind auch Vasia, Volodia der Cymbalist, Jura und Volodia, der Bassist, die das alles singen und spielen, ohne je eine Partitur gesehen zu haben. Hudaki, wörtlich übersetzt „die Musikanten“, aus dem Dorf Nischnje Selischtsche, lassen uns ins geographische Zentrum Europas in Transkarpatien eintauchen. Dort vereinigen sich Csardas, Polka, a-cappella Gesänge, Balladen sowie Klezmer- und Zigeunerklänge zu einem kontrastreichen Ganzen. Das Ensemble Hudaki schafft es, mit den zarten Melodien der Hirtenflöte, den teuflischen Rhythmen der Geige, dem samtenen Klang der Gitarre und dem rund und voll tönenden Cymbalum, eine reichhaltige musikalische Tradition zu erhalten.

Ein Mitglied des EBF, das selbst in der Gruppe mitspielt, organisierte in den Berichtsjahren Konzerte in der Schweiz, Deutschland, Österreich und Frankreich. Ausserdem wurde Hudaki in die Niederlande, nach Polen und in die Slowakei eingeladen. Mehr Informationen unter: www.hudaki.org

Das Festival Shavalé

Anfang August 2007 fand in Limans (Südfrankreich) ein Festival für Zigeunermusik, Musik aus dem Balkan und

Osteuropa statt. Organisiert wurde dieses MusikerInnen-Treffen von Comedia Mundi, der Musikgruppe von Longo mai, dem EBF und Radio Zinzine, einem freien Regionalsender, der unter anderem von Mitgliedern des EBF betrieben wird. Comedia Mundi hatte auf ihren zahlreichen Reisen durch West- und Osteuropa viele Musikgruppen kennen gelernt. Freundschaften waren entstanden, die über den musikalischen Rahmen hinausgingen. In den letzten Jahren reifte die Idee, einmal alle zu einem gemeinsamen Musizieren einzuladen. So entstand das Festival Shavalé („Komm tanzen!“).

Am 1. August 2007 war es so weit: Fünf Gruppen waren der Einladung gefolgt: Die Grine Kuzine aus Berlin, Musique Simili aus der Schweiz, Aksak und Poum Tchak aus der Provence und das Stojan Krstic-Orkestar (Blaskapelle) aus Südserbien. Dazu gesellten sich einige „frei schwebende Atome“ wie Nina Monteanu, Zimbalisti aus Moldawien, der Wandergeiger Martin Schäfer sowie der Sänger der Wiener Tschuschenkapelle Slavko Ninic, die mit den verschiedenen Gruppen musizierten. Das Ergebnis war ein vielfältiges Repertoire, welches von balkanischen Trompetenklängen über Musik ungarischer Zigeuner und berlinerisch gefärbtem Klezmer bis hin zu occitanischen, kroatischen und russischen Liedern sowie dem Swing der Manuschkänge reichte: Musik zur Völkerverständigung.

Zwei Workshops fanden statt, in denen etwa vierzig Kinder ein Lied aus Bulgarien lernten, welches sie zusammen mit den Musikgruppen vor dem Konzert des 4. August im Amphitheater von Grange Neuve in der Longo mair-

Kooperative von Limans aufführten. Zwei grosse Konzerte im Amphitheater waren der krönende Abschluss des Festivals. Insgesamt 1.200 Personen wohnten den Abenden bei.



An den Konzertabenden des Shavale-Festivals in der Provence spielten verschiedene Gruppen nacheinander oder gemeinsam, das sehr zahlreich erschienene Publikum tanzte zwei musikalisch verzauberte Nächte im Amphitheater durch.

Archipel

Archipel, die Monatszeitschrift des Europäischen BürgerInnen Forums (EBF), erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr in Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 8'000 Exemplaren. Sie wird zum Großteil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird *Archipel* in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an alle Kontakte des EBF, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können, gratis verschickt.

Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Einzelpersonen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Eine Auswahl von Archipel-Artikeln 2007 / 2008

Asyl- und Migrationspolitik: 145, 149, 151, 154, 157, 159, 160, 162, 166.

Landwirtschaftspolitik, Biotreibstoffe: 145, 148, 149, 155, 158, 160, 161, 166.

Saatgut: 146, 147, 148, 149, 151, 160, 162.

Osteuropa: 145, 147, 148, 152, 154, 155, 156, 165, 166.

Lateinamerika: 145, 146, 147, 150, 156, 157, 159, 161.

Syngenta / Brasilien: 154, 163, 165.

Globalisierungskritik, Systemkritik: 151, 152, 154, 155, 158, 159, 161, 165, 166.

Alternative Projekte: 153, 159, 160, 161, 163, 164

Geschichte:

Russische Revolution 154 – 160;

Die Shoah 161 – 163;

Der Prager Frühling 162, 163;

Der Mehlkrieg 163 - 165.

El Ejido/SOC: 158, 160.

Biometrie, Nanotechnologie: 151.

Aufrüstung Polizei und Armee: 151, 156, 161, 164, 165.

Rechtsextremismus : 155, 156.

**Archipel-Archiv konsultieren unter:
www.forumcivique.org**



Spenden für das Europäische BürgerInnen Forum

Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Informationen zu verbreiten, Beobachterdelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

In der Schweiz werden für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto Gebühren berechnet.

Mit einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie mit Ihrer Unterschrift auf der jeweiligen Belastungsanzeige die Zahlung rückgängig machen.



Adressen des EBF

Schweiz	St. Johannis-Vorstadt 13 Postfach CH – 4004 Basel Tel.: +41 61 262 01 11 Fax: +41 61 262 02 46 Email: suisse@forumcivique.ch
Deutschland	Stubbendorf 68 D – 17159 Dargun Tel.: +49 39959 20 329 Fax: +49 39959 20 399 Email: ulenkrug@t-online.de
Frankreich	Le Pigeonnier F – 04300 Limans Tel.: +33 4 92 73 05 98 Fax: +33 4 92 73 18 18 Email: France@forumcivique.org
Österreich	Lobnik 16 A – 9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla Tel. : +43 4238 8705 Fax: +43 4238 8705-4 Email: austria@civic-forum.org
Rumänien	Joachim Cotaru Tel./Fax +40 269 58 31 53 Email: jc@ forumcivique.org
Ukraine	vul. Borkanyuka 97 UA - 90440 Nizhne Selishche Tel./Fax: +380 31 42 512 20 Email: ngozamr@gmail.com

Webseite: www.forumcivique.org

